

Vandenhoeck & Ruprecht

Heft 3 | 2015 | ISSN 2191-995X

INDES

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT



Konservatismus

Herfried Münkler/Paul Nolte Konservatismus – ein Streitgespräch

Jens Hacke Über das Verschwinden einer politischen Ideologie

Dirk Jörke/Veith Selk Edmund Burke Dieter Langewiesche Perspektiven

des Liberalismus Christy Wampole Das Konferenz-Manifest

EDITORIAL

≡ Leona Koch/Danny Michelsen/Matthias Micus

Die Zeit der Ideologien ist vorbei, sie gehören im 21. Jahrhundert auch symbolisch der Vergangenheit an. Unter Geisteswissenschaftlern ist es üblich, das 20. Jahrhundert eine »Zeit der Ideologien« (Karl Dietrich Bracher) zu nennen. Auch schon das 19. Jahrhundert, in dem sich der Liberalismus, Konservatismus sowie Sozialismus, desgleichen Nationalismus und Imperialismus zu- vor herausgebildet hatten, wird ganz ähnlich als »Zeitalter der Ideologien« (Klaus von Beyme) bezeichnet.

Heute dagegen scheinen die Großideologien von der politischen Bühne weitgehend verschwunden zu sein. Zu plural – so heißt es – seien mittlerweile die Strukturprofile nationaler Bevölkerungen, zu undurchsichtig die gesellschaftlichen Entwicklungslogiken, zu vielfältig verflochten nationale und globale Entscheidungen, Probleme, Trends, als dass sich noch homogene Gruppen massenhaft mit konzisen Welterklärungsmodellen hinter ein und derselben Fahne zu Überzeugungsgemeinschaften zusammenbinden ließen. Zugegeben: Gesetzt diesen Fall, liefe das Schwerpunktthema »Konservatismus« der vorliegenden Ausgabe von *INDES* der Intention unserer Zeitschrift zuwider, Beiträge zu aktuellen Debatten zu liefern.

Freilich: Wenn alle Ismen atavistisch geworden sind, wie erklärt sich dann die Konjunktur etwa des Populismus und entsprechend titulierter Parteiengruppen? Liegt es daran, dass der Populismus eine »dünne Ideologie«, kompatibel also mit Versatzstücken ganz unterschiedlicher Denktraditionen, und insofern keine »richtige« Weltanschauung ist? Doch ließe sich selbiges nicht gleichfalls vom Konservatismus sagen? Für die gewohnte Distanz zwischen Konservativen und Intellektuellen bspw. wird gerne die Ablehnung einer »Herrschaft ideologischer Sinnproduzenten« (Helmuth Schelsky) durch erstere als Begründung herangezogen. Hierin wäre dann der Konservatismus, obwohl ein Ismus, ganz zeitgemäß: im Glauben daran, dass für kollektives Handeln Prinzipien weitgehend entbehrlich sind und auf grundlegende Doktrinen verzichtet werden kann. Eine solche Offenheit gegenüber sämtlichen politischen Lösungsmöglichkeiten neigt dazu, die Existenz unterschiedlicher Interessen auszublenden, und resultiert leicht in verwissenschaftlichten Politikansätzen, welche die Geltung umfänglicher Sachzwänge postulieren. Wie gesagt und mit Blick auf Angela Merkel: ganz modern.

Nun fällt bezüglich traditionell »konservativer Parteien« ein potenzielles Dilemma des Konservatismus ins Auge, das auf einer ganz anderen Ebene liegt. Womöglich ist das Problem, dass die von den neokonservativen – und damit gleichbedeutend: neoliberalen – wirtschaftspolitischen Leitlinien vorangetriebene kapitalistische Liberalisierungsdynamik gesellschaftliche Modernisierungsprozesse befeuert, die sie zu ständigen Kurswechseln in Politikfeldern wie Ehe und Familie zwingt – also gerade dort, wo konservative Parteien noch ein klar konturiertes, deutlicher: genuines Profil besitzen. Gleichwohl auch hier: Die europäischen Mitte-Rechts-Parteien scheinen von diesem Verlust ihres Kernprofils eher zu profitieren, während ihre liberalen und sozialdemokratischen Konkurrenten dafür in jüngerer Zeit immer wieder abgestraft worden sind.

Unumkehrbar, für alle Zeiten in Stein gemeißelt, ist diese Verteilung von Profit und Verlust allerdings nicht. Die durch die anhaltende Ortlosigkeit des Konservatismus aufgerissene Repräsentationslücke ist vielmehr längst unübersehbar geworden. In Deutschland manifestiert sie sich nicht nur in der Gründung neuer Parteien rechts von der Union (AfD, ALFA); auch Protestbewegungen wie Pegida repräsentieren traditionell konservative Europabilder (europäisches Abendland, Europa der Vaterländer usw.) und eine diffuse Angst vor »Werteverfall« und dem Verlust nationaler Identität angesichts von »Überfremdung«.

An dieser Stelle wird bereits das Problem virulent, mit dem sich die Mehrheit der Beiträge in diesem Heft auseinandersetzt: mit der Unmöglichkeit, den Konservatismus auf inhaltliche Kernmotive festzulegen. Muss der Konservatismus immer als Abwehrreaktion auf das Fremde und Ungewohnte auftreten? Zeichnet er sich nicht eher durch eine Haltung aus, die »Maß und Mitte« Experimenten mit ungewissem Ausgang vorzieht?

In diesem Fall wäre das spezifisch Konservative ganz einfach das Unbehagen an den Extremen und einem allzu naiven Fortschrittsoptimismus. Deshalb ist es spätestens seit Michael Oakeshotts Diagnose, der Konservative sei jemand, der »das Reale dem Möglichen, das Begrenzte dem Unbegrenzten, das Brauchbare dem Vollkommenen und die Fröhlichkeit einem utopischen Glück« vorziehe, in Mode gekommen, den Konservatismus mit einer spezifischen Denkart anstatt einem politischen Programm zu identifizieren. Ganz ähnlich charakterisierte zuerst Edmund Burke – salopp gesprochen, der Urvater des Konservatismus – die konservative Weltsicht: als eine Denkweise, die dem Rationalismus, der reinen Vernunft, mit Skepsis begegnet.

Irrig wäre jedenfalls die Annahme, den Konservatismus heute noch pauschal als Gegen-Aufklärung abtun zu können. Ohne Wandel kein Bedarf nach

Konservierung – wer bewahren möchte, akzeptiert folglich, auf dem Boden der Veränderung, des Fortschritts, der Moderne zu stehen. Gerade der Verlust des Vertrauten im Zuge von Innovationen und Umgebungswechseln erzeugt oder zumindest verstärkt das kompensatorische Bedürfnis nach dem Gewohnten und Gleichbleibenden, nach Traditionspflege und Herkunftsvergewisserung.

Vielleicht ist sogar gerade das Gegenteil von obiger Behauptung richtig: Es dürfte kein Zufall sein, dass Denker aus dem Dunstkreis der linken »Frankfurter Schule« bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mutmaßten, Revolutionen der Gegenwart seien nicht mehr die »Lokomotive der Weltgeschichte«, als die Karl Marx sie gesehen hatte, sondern diametral entgegengesetzt »der Griff des in einem Zug reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse« (Walter Benjamin).

Und in den Theoriedebatten der Gegenwart wird gerade den kompromisslosen Verteidigern der Aufklärung, die im »unvollendeten Projekt der Moderne« (Jürgen Habermas) Spuren universalistischer Vernunftprinzipien entdecken, die Rolle der Konservativen, der Bewahrer einer mühsam errungenen westlichen Freiheit, zugeschrieben, während sich Post-Fundamentalisten mit dem Verweis auf eine typisch konservative Denkfigur – inkommensurable kulturelle Differenzen – in einer Dekonstruktion dieser Prinzipien üben. Ist also – wie Paul Nolte im Gespräch mit Herfried Münkler behauptet – »Liberal das neue Konservativ«?

Aus diesen Vorüberlegungen wird deutlich, dass die Suche nach dem genuin Konservativen in einer so unübersichtlichen Zeit, wie wir sie erleben, zunehmend schwieriger wird. Wir hoffen, dass die vorliegende *INDES* hierzu dennoch einige Denkanstöße geben kann.

INHALT

1 Editorial

≡ Leona Koch/Danny Michelsen/Matthias Micus

KONSERVATISMUS

>> STREITGESPRÄCH

7 »Dem Konservativen ist das zu Konservierende abhandengekommen«

Ein Gespräch über die *intellectual history* des bundesdeutschen Konservatismus

≡ Interview mit Herfried Münkler und Paul Nolte

>> ANALYSE

21 Auf der Strecke geblieben?

Über das Verschwinden des Konservatismus als politische Ideologie

≡ Jens Hacke

29 Der »Ruf der Jungen«

Max Hildebert Boehm und der junge Konservatismus in der Weimarer Republik

≡ André Postert

38 Konservatismus »von unten«?

Soziale Unterschichten und der englische Konservatismus im 19. Jahrhundert

≡ Jörg Neuheiser

49 Zwischen Nostalgie und modernem Rechtsextremismus

Wellen der *Slawophilie* in Russland bis in die Ära Putin

≡ Klaus von Beyme

58 Der Konservatismus der Mitte

Zum Toleranzdiskurs im schiitischen Islam

≡ Stephan Kokew

65 Zwischen Aufbruch und Beharrung

Die bürgerliche Rechte in Frankreich

≡ Teresa Nentwig

77 Konservativ sein – ist das noch zeitgemäß?

Erkundungen mit Michael Oakeshott

≡ Michael Becker

	84	»Erkenne die Lage!« Über die rechtspopulistische Versuchung des bundesdeutschen Konservatismus ≡ Karin Priester
	93	Konservatismus als Mentalität und Methode Zur politischen Technik Konrad Adenauers und Angela Merkels ≡ Franz Walter
>> PORTRAIT	103	Edmund Burke Betrachtungen zum politischen Denken eines Gründungsvaters des Konservatismus ≡ Dirk Jörke/Veith Selk
>> INSPEKTION	111	Trutzburgen des Konservatismus Auf Spurensuche im konservativen Milieu ≡ Florian Finkbeiner/Julika Förster/Julia Kopp
>> MANIFEST	123	Red Tories, vereinigt euch! Das Individuum, der Staat und die Gesellschaft ≡ Ron Dart
		PERSPEKTIVEN
>> ANALYSE	131	Die Freiheit des Einzelnen als Grundlage und Grenze Perspektiven des Liberalismus in Deutschland ≡ Dieter Langewiesche
>> PORTRAIT	143	»Politik heißt: etwas wollen« Der demokratische Sozialist Olof Palme zwischen Idealismus und Realpolitik ≡ Armin Pfahl-Traugher
>> DEBATTE	155	Im Grenzraum Zur Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses ≡ Katia Henriette Backhaus
>> MANIFEST	162	Das Konferenz-Manifest Wider das akademische Tagungsunwesen ≡ Christy Wampole

SCHWERPUNKT:
KONSERVATISMUS



AUF DER STRECKE GEBLIEBEN?

ÜBER DAS VERSCHWINDEN DES KONSERVATISMUS ALS POLITISCHE IDEOLOGIE

≡ Jens Hacke

Es gehört zu den oft verdrängten Trivialitäten der Ideen- und Begriffsgeschichte, dass der Konservatismus ein Phänomen der Moderne ist, welches sich erst als Reaktion auf Emanzipations- und Liberalisierungsbewegungen ausgebildet hat. Die Herausforderung des Fortschritts machte die Reflexion vermeintlich konservativer Werte und Traditionen notwendig; denn die Erfahrung, dass die herkömmliche soziale und politische Ordnung fragil und mithin revolutionär veränderbar wurde, mündete in intellektuelle Anstrengungen, sich dagegen zu wehren.

Der Konservative als Fortschrittsgegner – diese Gleichung war allerdings von Beginn an zu einfach. Die meisten Konservativen standen zwangsläufig auf dem Boden der Moderne, und nicht wenige versuchten – lange vor Franz-Josef Strauß’ berühmtem Ausspruch – »an der Spitze des Fortschritts zu marschieren«. Machtpolitischer Pragmatismus leitete bereits konservative Politiker wie Benjamin Disraeli und Otto von Bismarck, weitreichende Sozialreformen »von oben« einzuführen, um den Forderungen der Arbeiterbewegungen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

So ist kaum verwunderlich, dass der Konservatismus an der Schwelle zum demokratischen Zeitalter dauernd damit beschäftigt war, die programmatischen Forderungen der Modernisierer zu absorbieren und sich gleichzeitig vom Ballast des altständischen Denkens zu trennen. Die Orientierungsmarken konservativer Ideologie wurden immer verschwommener; denn auch wenn Hierarchie, Ordnung, Heimat oder Religion als vage Leitbegriffe dienten, so war doch nie klar, wie sie sich in politische Konzepte für im Modernisierungsprozess befindliche Gesellschaften umsetzen ließen. Auch unter selbsternannten Konservativen war stets umstritten, was genau bewahrt und mit welchen Werten dies begründet werden sollte.

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Eine politische Bedeutung hat der Begriff erst erlangt, als François-René de Chateaubriand seine Zeitschrift *Le Conservateur* (1818) gründete und Konservatismus von nun an als positive Selbstbezeichnung fungierte, um die überwiegend negativ konnotierten Fremdzuschreibungen »Reaktion« und »Restauration« abzulösen. Der Wissenssoziologe Karl Mannheim hat bekanntlich den Konservatismus als Reflexivwerden des Traditionalismus bestimmt.¹

Seither haben die Definitionsversuche und begrifflichen Fixierungsbemühungen nicht nachgelassen. Einschlägig geworden ist die Klassifizierung des früh verstorbenen Historikers Klaus Epstein, der idealtypisch differenzierte zwischen einer rückwärtsgewandten konservativen Reaktion, die die Vergangenheit eines goldenen Zeitalters wieder zu beleben sucht, einem gegenwartszufriedenen Status-quo-Konservatismus und dem Reformkonservatismus, der in Burke'scher Tradition für institutionell vermittelten graduellen Wandel eintritt.² Nimmt man noch den Befund des ebenso genialischen wie eigenbrötlerischen Privatgelehrten Panajotis Kondylis hinzu, der mit der politischen Entmachtung des Adels auch das Ende des »Konservativismus« gekommen sah,³ und vergegenwärtigt man sich die Aporien einer »Konservativen Revolution«, deren heterogene Ableger für alternative Modernen unterschiedlicher hierarchisch-autoritärer Provenienz Ideen sammelten,⁴ dann wird die ideologische Familie des Konservatismus vollends unübersichtlich.

Theoretische Unübersichtlichkeit ist freilich kein Argument gegen die Verwendung von Orientierungsbegriffen. Der Liberalismus in all seinen Spielarten vom Sozial- bis zum Neoliberalismus teilt seit ewigen Zeiten ein ähnliches Los. Relevanter als eine präzise Definition erscheinen die konjunkturellen Schwankungen, die der Gebrauch ideologischer Termini durchläuft – deren Attraktivität als Schlagwort und Sammelbegriff für heterogene Strömungen bemisst sich an der jeweiligen Integrationskraft.

Der Begriff des Konservatismus war in Deutschland nach 1945 aus offensichtlichen Gründen kontaminiert. Konservative Eliten galten als Steigbügelhalter des Nationalsozialismus, die Ideologen einer »Konservativen Revolution« waren die Staatsfeinde der Weimarer Republik, die sich als Abbruchunternehmer der modernen liberalen Demokratie präsentierten, aber keinerlei positive Programmatik zustande brachten, sondern nur krude Formeln von Autorität, Hierarchie, »Deutschtum« und Ständestaat aufriefen.

»Zustände zu schaffen, deren Erhaltung sich lohnt« – diese Formel Arthur Moeller van den Brucks stellte das Prinzip eines hegenden und pflegenden Konservatismus auf den Kopf, weil hoch umstritten war, welche Wertbestände denn das rechte Utopia begründen sollten. Die einen idealisierten die

1 Siehe Karl Mannheim, *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens* (1926). Herausgegeben von David Kettler u. a., Frankfurt a.M. 1984.

2 Vgl. Klaus Epstein, *Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland. Der Ausgangspunkt: Die Herausforderung durch die Französische Revolution 1770–1806*, Frankfurt a.M. 1973, S. 19–24.

3 Siehe Panajotis Kondylis, *Konservativismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang*, Stuttgart 1986.

4 Als Überblick vgl. Stefan Breuer, *Anatomie der Konservativen Revolution*, Darmstadt 1995.

ständische Gesellschaft des Mittelalters, die anderen suchten Halt in der Romantik und weitere rechtsradikale Sprengmeister plädierten für den »Arbeiter« (Ernst Jünger) als neuen Sozialtypus, der im Industriezeitalter endlich den Bürger ablösen sollte – der Jünger-Freund Ernst Niekisch phantasierte gar von einer nationalbolschewistischen Revolution.

Kurz: Diese extreme neue Rechte in ihren unterschiedlichen nationalistischen, völkisch-antisemitischen und militanten Schattierungen hatte die Verbindungen zur bestehenden bürgerlich-liberalen Gesellschaftsordnung weitgehend gekappt und damit auch den Konservatismusbegriff ad absurdum geführt. Denn Konservatismus erscheint ja nur dann plausibel definierbar, wenn er eine Relation zu bestehenden Institutionen und lebendigen Traditionen herstellen kann.

1968 UND DIE FOLGEN

Es dauerte deshalb auch eine ganze Weile, bis der Konservatismusbegriff überhaupt wieder Einzug in die politisch-soziale Sprache hielt. Wie in der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, gab es auch in der Bundesrepublik keine Partei, die für sich explizit reklamierte, konservativ zu sein. Erst im Zuge der Achtundsechzigerbewegung ergab sich eine intellektuelle Polarisierung der politischen Lager, und es wurde wieder heftig darum gestritten, wer oder was konservativ sei.

Zum einen sammelten sich die verschiedenen Gegner der Neuen Linken, um sich gegen die vermeintliche »Kulturrevolution« und den »Marsch durch die Institutionen« zu wehren. Zum anderen witterten Linke und Linksliberale in diesen intellektuellen Sammlungsbewegungen die Formierung eines »neuen Konservatismus«, der in Wahrheit antidemokratische und antilibérale Ziele verfolge.⁵ Rückwirkend wird man in einer harmonisierenden Lesart sagen können, dass die 1970/80er Jahre – abseits langfristig unbedeutender ideologischer Splittergruppen – eigentlich von der intellektuellen Debatte um die Identität der Bundesrepublik bestimmt wurden, in der sich de facto liberalkonservative und sozialliberale Demokraten gegenüberstanden.

Es ging vor allem um »weiche Themen« wie Bildung und Erziehung, die Demokratisierung gesellschaftlicher Lebensbereiche, Umweltschutz oder den Umgang mit der NS-Vergangenheit, nicht so sehr um sozioökonomische Fragen. Will man den Konflikt philosophisch personalisieren, so standen sich Jürgen Habermas und Hermann Lübbe gegenüber: Wann soll ein Diskurs in Dezision münden? Wie stabil oder flexibel dürfen Institutionen sein? Welche Rolle spielen die vorpolitischen Ressourcen aus Religion und Traditionen

⁵ Vgl. etwa Martin Greiffenhagen (Hg.), *Der neue Konservatismus der siebziger Jahre*, Reinbek 1974.

für eine moralische Begründung der Politik? Inwieweit lässt sich eine vernünftige kollektive Identität stiften, und was trägt die Geschichte dazu bei?⁶

Aus der Distanz betrachtet lagen die damaligen Kontrahenten gar nicht so weit auseinander; es war im Kern eine innerliberale Positionsklärung und es ging weit eher um Deutungshoheit und die Etablierung eines bestimmten Vokabulars als um unüberbrückbare sachliche Differenzen. Der ehemalige Utopist der Herrschaftsfreiheit Habermas erschloss für sich den Verfassungspatriotismus und entwickelte in seinem 1992 erschienenen Hauptwerk »Faktizität und Geltung« eine Diskurstheorie des demokratischen Rechtsstaates, die einen neuen Wert auf Institutionen legte, während der Institutionalist Lübke sich immer stärker den Elementen »direkter Demokratie«, der Zivilgesellschaft und den zunehmenden Demokratisierungszwängen moderner Gesellschaften zuwandte.⁷

ENTKRAMPFUNG UND »NEUE BÜRGERLICHKEIT«

Diese Annäherung zwischen sozialliberalen und liberalkonservativen Widersachern war die Begleiterscheinung eines demokratischen Normalkonservatismus in Deutschland, dessen Emergenz Paul Nolte 2001 beiläufig in einem *Merkur*-Essay registrierte, als er nicht nur für eine Entkrampfung im Umgang mit dem Konservatismusbegriff plädierte, sondern zudem seinerseits Konservative aufforderte, programmatisch und intellektuell kreativer zu werden.⁸ Die Stichworte, die Nolte für ein solches konservatives Programm nannte und zu denen er in den Folgejahren einiges publizieren sollte, fanden sich in den bald folgenden Debatten um eine »neue Bürgerlichkeit« wieder: Bildung, Erziehung, Kritik an der Ökonomisierung des Lebens, Befähigung zur individuellen Verantwortung, bürgerliche Lebensstile und Werte.⁹

Kurzzeitig sah es so aus, als sollte sich in der Endphase der Regierung Schröder/Fischer, als nach neuen Orientierungen und Begründungen für den Umbau des Sozialstaats gesucht wurde, die Renaissance eines wertebasierten, liberal grundierten Konservatismus ereignen, der nicht nur intellektuell, sondern auch politisch nachhaltig wirken könnte. Doch als die Fibel eines solchen bundesrepublikanischen Liberalkonservatismus – Udo Di Fabio's »Kultur der Freiheit« – im Herbst 2005 diskutiert wurde, schien das Momentum für eine solche Renaissance wieder vergangen. Merkels Wahlkampf mit dem »Professor aus Heidelberg« und die für ihre Verhältnisse gewagte Rhetorik, mit der sie von der schwersten Krise seit der Nachkriegszeit sprach und die wirtschaftsliberalen Grundsätze des Leipziger Programms von 2003 zu bewerben suchte, waren krachend gescheitert.

6 Zu dieser Debatte vgl. Jens Hacke, *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, Göttingen 2008.

7 Siehe u. a. Hermann Lübke, *Modernisierungsgewinner. Religion, Geschichtssinn, direkte Demokratie und Moral*, München 2004.

8 Vgl. Paul Nolte, *Konservatismus in Deutschland. Geschichte – und Zukunft?*, in: *Merkur*, Jg. 55 (2001) H. 627, S. 559–571.

9 Einen Überblick aus der Flut der zahlreichen Publikationen zum Thema gibt: Heinz Bude u. a. (Hg.), *Bürgerlichkeit ohne Bürgertum. In welchem Land leben wir?*, München 2010.

Fortan sollte die CDU konzeptionelle Bemühungen meiden, sich weder auf Wertedebatten um Leitkultur oder Familienbilder noch auf eine marktliberale Neupositionierung einlassen. Der amerikanische Weg, ein traditionelles, z. T. religiös geprägtes gesellschaftliches Denken mit einem rigorosen Wirtschaftsliberalismus zum Neokonservatismus zu amalgamieren, ließ sich in Deutschland nie umsetzen. Insofern waren die vielbeklagte Sozialdemokratisierung der Union und die gleichfalls diagnostizierte Neoliberalisierung der SPD zwei Seiten derselben Medaille: Anstatt zu einer Polarisierung von politischen Gegensätzen kam es zu einem noch härteren Wettbewerb um die politische Mitte.¹⁰

Zwei große Koalitionen in drei Legislaturperioden sind die Folge dieser Entwicklung. So hat denn auch die zunehmende programmatische Angleichung der sogenannten Volksparteien dazu geführt, dass »progressiv« und »konservativ« als bewegliche Begriffe zur Codierung politischer Optionen eher in den Hintergrund getreten sind,¹¹ zumal das lange Zeit gültige Paradigma eines sozialliberalen Fortschrittsverständnisses, das eben auf der Leistungsfähigkeit des Wohlfahrtsstaates beruhte, seine Leitfunktion einbüßte.

Zwar hat es in der Union vereinzelte Bemühungen gegeben, ein »konservatives Profil« zu schärfen. Solche Versuche sind aber weitgehend folgenlos geblieben. Zum einen zeigten bereits die Debatten der Nullerjahre, dass sich sogar ein Begriff der Bürgerlichkeit kaum mehr konservativ vereinnahmen ließ, da sich das Verständnis von einem bürgerlichen »guten Leben« insoweit pluralisiert und entpolitisiert hatte, als auch alle ehemals alternativen Lebensformen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft ihren Platz geltend machen konnten.

Es gab kein abgrenzbares Sozialmilieu mehr, das den Habitus konservativer Bürgerlichkeit für sich beanspruchen konnte oder verteidigen musste.¹² Die Emanzipation gleichgeschlechtlicher Partnerschaften weitete traditionelle Bürgerlichkeitsvorstellungen auf ehemals diskriminierte Randgruppen aus und festigte gleichzeitig eine Pluralität der Lebensstile, die es politisch inopportun machte, herkömmliche Modelle der Lebensführung zu privilegieren.

Vorbei schien die Zeit, als sich nominell Konservative in kontroversen Identitätsdebatten zu demokratischen Patrioten deklariert und für eine »selbstbewusste Nation« geworben hatten, während die Linke vor dem neuen Obrigkeitsstaat gewarnt hatte.¹³ Spätestens seit dem »deutschen Sommermärchen« von 2006 hat sich ein entspannter Umgang mit Nationalsymbolen etabliert, der in den 1980er Jahren noch unvorstellbar gewesen wäre, nun allerdings nur noch als ein Zeichen der Normalisierung, keineswegs aber als das eines gesellschaftsweiten politischen Rechtsrucks zu deuten war.

¹⁰ Zur anhaltenden Bedeutung der Mitte als politischer Orientierungsgröße vgl. Herfried Münkler, *Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung*, Berlin 2010.

¹¹ Siehe Niklas Luhmann, *Der politische Code. »Konservativ« und »progressiv« in systemtheoretischer Sicht*, in: *Zeitschrift für Politik*, Jg. 21 (1974) H. 3, S. 253–271.

¹² Zur Erosion des konservativen Milieus in der Bundesrepublik der 1960er Jahre siehe Frank Bösch, *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik*, Göttingen 2002, S. 212ff.

¹³ Siehe dazu Dominik Geppert u. Jens Hacke (Hg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980*, Göttingen 2008.

ENDE DES POLITISCHEN KONSERVATISMUS?

Vor dem eben skizzierten Hintergrund liegt die Vermutung nahe, dass der Konservatismusbegriff seine politisch orientierende Wirkung verloren hat. Schon die Unterscheidung von »wertkonservativ« oder »strukturkonservativ«, die schöpfungsbewahrende Umweltpolitik, verschiedene Modelle der Nachhaltigkeit, aber auch ideell konservative Widerstände gegen eine Durchökonomisierung der Bildungs- und Universitätspolitik haben das Label



»konservativ« für die früher standardisierte Bezeichnung des politisch eher rechtsstehenden Lagers unbrauchbar gemacht.

Umgekehrt kann man den in Europa grassierenden und auch in Deutschland immer einmal wieder reißierenden ressentimentgetriebenen Populismus, der fremden- und europafeindliche Register bedient, kaum mehr als konservativ bezeichnen. Jemanden in denunziatorischer Absicht als Konservativen zu diffamieren, um ihn aus linker oder liberaler Perspektive zum Gegner zu erklären – ein solches Vorhaben würde heute nur noch auf wenig Verständnis stoßen. Der Polarisierungseffekt ist dahin, denn das politische Feld wäre mit einem derartigen Feindschema nicht mehr zu ordnen.

Nun sollte man aus diesem Befund keineswegs den Schluss ziehen, dass sich politische Gegensätze generell auflösen und dass die Politik zu einer Verwaltungsaufgabe für alternativlose Sachzwänge degeneriert. Es scheint vielmehr so, als ob der Konservatismus-Begriff wenig hilfreich ist, wenn es um aktuelle politische Konfliktlagen geht. Weder lassen sich mit ihm augenblicklich die Differenzen in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen benennen, noch kann er für europa- und außenpolitische Fragen programmatische Unterschiede verdeutlichen.

Zwar war von jeher unmöglich, eine konservative politische Theorie aus einem Guss zu formulieren; aber mit dem Abschied von einer weitgehend ethnisch und kulturell homogenen Gesellschaft wird auch der Anspruch auf nicht universalisierungsfähige moralische Leitwerte und einseitige Traditionspflege illusionär. Oder um es anders zu pointieren: Die Herausbildung eines allgemein anerkannten philosophischen Konservatismus im Sinne eines »Modernitätstraditionalismus« (Odo Marquard), der sich dem Erbe der Aufklärung und dem modernen Verfassungsstaat der Neuzeit verbunden fühlt, hat einer antiliberalen politischen Rechten den Konservatismusbegriff entwendet.¹⁴

Mit einer gewissen Erleichterung ist deshalb allgemein registriert worden, dass sich der Begriff des »Konservatismus« im modernen politischen Sprachgebrauch langsam zu einem Ausdruck für bürgerlich-traditionelle Orientierungen innerhalb der demokratischen Ordnung gewandelt und damit den Weg zu einem verfassungspatriotischen »Normalkonservatismus« zurückgelegt hat. Damit verlor er allerdings seine Kraft zur politischen Distinktion, denn in diesem Sinne konnte sich nun fast jeder Demokrat als liberalkonservativ verstehen.

Wir haben eine schleichende Anthropologisierung des Konservatismusverständnisses erlebt, im Zuge derer mit »konservativ« sehr allgemeine Eigenschaften, oft positiv bewertete Tugenden, bezeichnet werden: Skepsis, Vorsicht, Pragmatismus, *Common Sense*, Ironiefähigkeit, Kultiviertheit, Besonnenheit,

14 Die zentrale Bedeutung eines philosophischen Konservatismus unterstreicht auch Anthony Giddens, *Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, Frankfurt a. M. 1999, S. 84.

Geschichtsbewusstsein. Eine solche Begriffsverschiebung hat zumindest in der Gegenwart zur Entpolitisierung des Begriffs geführt, die freilich nichts mit einer Aufhebung des politischen Streits zwischen links und rechts zu tun hat.

Das muss nicht für alle Zeiten so bleiben, denn der Konservatismus lebt politisch davon, eine Relation zu bezeichnen, also eine starke Verbindung zu einem Ordnungsmodell, zu Werten oder Traditionen herzustellen, um sie im Ernstfall zu verteidigen. Es könnten sich Konstellationen ergeben, in denen notwendig wird, für Überzeugungen einzustehen und sie zu verteidigen, eben weil es etwas zu bewahren gilt. Menschenrechte, individuelle Freiheit und Lebenschancen avancieren dann aus westlicher Sicht zu konservativen Werten, die kulturellen Pluralismus eben nicht mit Relativismus gleichsetzen. Konservativ wäre dann auch, mit den Mitteln des sozialen Rechts- und Wohlfahrtsstaats weiterhin für Chancengerechtigkeit zu sorgen und die gesellschaftlichen Kosten des Kapitalismus in Schranken zu halten. Man mag ein politisches System deshalb für sehr stabil halten, solange ein Grundkonsens zur Bewahrung des Vorhandenen einen Konservatismus als politische Gegenbewegung überflüssig macht.

So wünschenswert die hier vorgeschlagene Festschreibung des heutigen Konservatismus als eines demokratischen Liberalkonservatismus auch ist: Sie ist nur eine normativ favorisierte Möglichkeit und bliebe naiv, wenn man nicht auch andere Vereinnahmungen in Betracht ziehen würde – ein Blick in die Ideengeschichte des Konservatismus belehrt über die zahlreichen Begriffseroberungsversuche, die es gegeben hat.¹⁵ Insofern tut jede Beschäftigung mit dem Konservatismus gut daran, die relationale Komponente – also das, was konserviert werden soll – zu problematisieren.

Denn in höherem Maße als seine großen Konkurrenten, Liberalismus und Sozialismus, die sich stets an den Werten Freiheit und Gleichheit orientierten, ist der Konservatismus als Ideologie auf stetigen Wandel und offensive Begriffspolitik angewiesen gewesen, um die eigene Selbsterhaltung sicherzustellen. Er wurde häufig totgesagt, aber behielt seine Attraktion für die Skeptiker der Demokratie und die Feinde des Liberalismus, die ganz eigene Traditionslinien und Relationen beanspruchten. Insofern bleibt offen, wer als nächstes für sich reklamieren kann, die Kraft eines politischen Konservatismus zu repräsentieren.



Dr. Jens Hacke, geb. 1973, arbeitet als Politikwissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung. Seine jüngste Buchveröffentlichung erschien 2009 unter dem Titel »Die Bundesrepublik als Idee. Zur Legitimationsbedürftigkeit politischer Ordnung«.

¹⁵ Vgl. etwa Martin Greiffenhagen, *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1986; Axel Schildt, *Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 1998.

PERSPEKTIVEN



DAS KONFERENZ-MANIFEST

WIDER DAS AKADEMISCHE TAGUNGSUNWESEN¹

≡ Christy Wampole

Wir sind der akademischen Konferenzen überdrüssig.

Wir sind Geisteswissenschaftler, die weder im Format noch im Inhalt von Konferenzen Geist erkennen können.

Wir saßen geduldig und brav Vorträge ab, die Zeile für Zeile monoton von einem Redner vorgetragen wurden, der nicht ein einziges Mal aufschaute, und fragten uns, warum wir das *Paper* nicht im Voraus haben lesen können, denn davon hätten wir mehr gehabt.

Wir versuchten, das Fehlen einer These oder gar eines einzigen interessanten Satzes in einem zwanzigminütigen Vortrag zu ignorieren.

Unsere Kinnlade klappte fassungslos herunter, wenn ein Redner versuchte, einen dreißigminütigen Vortrag in ein Zeitfenster von zwanzig Minuten zu quetschen, indem er so schnell vorlas, dass man ihn nicht verstehen konnte.

Wir waren einer von zwei Teilnehmern an einem *Panel*.

Wir litten still, als jemand während eines kompletten Vortrages einfach nur die Passagen auflistete, in denen ein bestimmtes literarisches Motiv in einem Roman vorkam.

Unsere Gesichter verzogen sich, weil unsere Kollegen vorgaben, sie hätten die akademische Redeweise des Redners verstanden.

Wir hörten uns die ersten fünf Minuten eines Vortrages an, gerade lange genug, um begierig ein Wort aufzugreifen, aus dem man für die Fragerunde eine Pseudo-Frage machen konnte.

Wir fragten Diskussionsteilnehmer, ob sie »ein bisschen mehr über dies oder das erzählen«, »jenes etwas mehr aufschlüsseln« oder »hier noch etwas mehr herauskitzeln« könnten.

Wir hörten zu, wie Kollegen Fragen stellten, die mit ihrer eigenen Forschung zu tun hatten, aber keinerlei Relevanz für jemand anderen als sie selbst besaßen.

¹ Im Original erschienen in »The Stone«, einem Forum für zeitgenössische Philosophen und Denker zu aktuellen und zeitlosen Themen auf der Homepage der *New York Times* unter dem Titel »The Conference Manifesto«, 04.05.2015, URL: http://opinionator.blogs.nytimes.com/2015/05/04/the-conference-manifesto/?_r=0 [eingesehen am 13.08.2015].

Bei besonders schlimmen Sitzungen bekamen wir Zettelchen oder reichten sie weiter, auf denen »Bring mich jetzt sofort um« stand.

Wir stellten gedanklich ein Klassifizierungsschema mit verschiedenen Konferenztypen auf: der Querdenker, der Entertainer, das Mauerblümchen, der Großtheoretiker, der *Namedropper*, der Konformist, der Nachplapperer, der philosophierende Angeber.

Wir kritzelten unsere Notizbücher voll und antworteten auf unwichtige E-Mails, während wir im Publikum eines *Panels* saßen.

Wir knabberten an unseren Fingernägeln und zählten die leeren Stühle im Raum.

Auf nationalen Konferenzen waren wir nur bei unseren eigenen Vorträgen anwesend und verbrachten den Rest des Wochenendes an der Poolbar, wo man mehr über die Freien Künste lernen konnte als auf der Konferenz selbst.

Wir hatten die Idee, uns ein Konferenz-Bingo patentieren zu lassen, bei dem die Spieler Bingokarten erhalten, auf denen verschiedene Konferenzvorkabeln stehen, welche während der Gruppendiskussionen gesammelt werden müssen – »sub-semantisch«, »dialektisch«, »Normativität«, »mythopoeisch«, die Adjektivierung des Namens eines Philosophen (Meillassouxsisch, Cixousisch), »post«-irgendwas.

Wir hatten Tagträume, in denen nach der Art des Nummernprogramms im Varietétheater ein riesiger Stock aus einem der Bühnenflügel hervortrat und den leiernden Redner vom Pult wegzog.

Wir fragten uns: »Wenn das aus den Geisteswissenschaften geworden ist, sollten sie dann weiterhin existieren?«

Akademische Konferenzen sind eine Gewohnheit aus der Vergangenheit, die von der »Verwaltuniversität«² – ein Begriff, der den momentanen Zustand auch der amerikanischen Gesellschaft insgesamt beschreibt, welche im Zustand eines bürokratischen Gefängnisses steckt, in dem das Gehirn nicht mehr arbeiten muss – als eine Möglichkeit wahrgenommen wurden, um Wissen vorzuführen und die Produktivität in Form von veröffentlichten Konferenzberichten zu steigern. Wir trugen daran Mitschuld. Bis jetzt.

Wir glauben, dass es an der Zeit ist, uns selbst zu fragen: Was ist der Sinn einer Konferenz? Was hat dazu geführt, dass wir sie jedes Jahr wieder organisieren, ohne deren Grundlage zu hinterfragen? Gibt es Möglichkeiten, Konferenzen ein neues Format zu geben oder soll man sie ganz abschaffen und sie durch etwas Intellektuelleres, Professionelleres und Zufriedenstellenderes für alle Beteiligten ersetzen? Was ist unsere tatsächliche Motivation für die Organisation einer Konferenz und die Teilnahme an ihr? Besteht unser Antrieb darin, unsere Lebensläufe aufzupolieren? Wollen wir netzwerken

2 Im amerikanischen Original »administriversity«, eine Wortschöpfung aus »administration« und »university«.

oder interessiert uns, welche Forschung aktuell auf unserem Feld durchgeführt wird?

Wenn Konferenzen, wie viele Wissenschaftler vertraulich zugeben, ein einfacher Weg sind, um die eigenen Freunde bequem wiederzusehen oder neue Kollegen kennenzulernen, sollten sie dann nicht durch ein weniger formelles Format ersetzt werden? Wie wäre es bspw. mit einem dreitägigen »Salon Philosophique«; oder mit großen Arbeitsgruppen? Möglich wäre auch das Szenario eines Speed Datings oder einer Wanderfreizeit. Warum sollte ein Doktorand mehrere Hundert Dollar ausgeben – die er zudem oft aus der eigenen Tasche bezahlen muss –, um zu einer Konferenz zu fliegen, ein Hotelzimmer zu buchen und einen Vortrag vor drei Teilnehmern zu halten, von denen zwei noch dazu seine Freunde sind, die am Vorabend in besagtem Hotelzimmer bereits die Generalprobe gehört haben? Wenn andererseits alle zufrieden sind mit Konferenzen als einem gewohnheitsmäßigen Brauch, warum reichen dann die Gefühle nach einer Konferenz typischerweise von Enttäuschung bis hin zu unbändiger Wut – das Ganze freilich immer in gedämpften Tönen ausgedrückt?

Wir verstehen, dass dies ein sensibles Thema ist. Konferenzen fühlen sich notwendig an, doch ihr Zweck ist unklar. Wir bestreiten nicht ihr theoretisches Potenzial für die Geisteswissenschaften, sie schöpfen es bloß praktisch nicht aus. Uns ist zweifellos klar, dass wir nicht für alle sprechen. Manche Wissenschaftler lieben Konferenzen. Sie lieben das gerade beschriebene Ritual. Allerdings nehmen wir doch eine wachsende Unzufriedenheit bei vielen Wissenschaftlern wahr, welche sich dadurch zeigt, dass nach dem Ende von Konferenzen Augen verdreht werden und geseufzt und gemurrt wird. Deshalb legen wir das Thema jetzt offen zur Diskussion auf den Tisch.

Wir erwarten nicht, dass sich das Konferenzsystem in nächster Zeit ändert. Bis es so weit ist, legen wir bescheiden den folgenden Vertrag vor, welchen Sie gern im Vorhinein an die Redner Ihrer nächsten Konferenz verteilen dürfen. Und die Einladung könnte gebunden sein an das Lesen und die Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Einhaltung der folgenden Kriterien für die Konferenzvorträge:

1. Ich verstehe, dass der Konferenzvortrag etwas tun soll, was ein wissenschaftlicher Artikel nicht tun kann. Da direkter, realer Kontakt mit anderen Menschen stattfindet, sollte der Redner diese nicht alltägliche und deshalb besondere Möglichkeit nutzen und sich ernsthaft um einen Austausch mit den anderen Wissenschaftlern bemühen.
2. Ich werde meine Aufzeichnungen nicht monoton Zeile für Zeile und ohne in das Publikum zu schauen vorlesen. Ich werde mich nicht krampfhaft der

verschiedenen Unterhaltungsgebote bedienen, wie Witzen, Anekdoten oder albernen Folien; aber ich werde mir Mühe geben, mich in mein Publikum hineinzuversetzen, das sich meinen Vortrag anhören muss.

3. Ich verstehe, dass eine Liste kein Vortrag ist. Ich werde nicht einfach das Vorkommen von literarischen Motiven in einem Werk auflisten.

4. Ich werde eine These haben – und falls nicht, werde ich zumindest einen Grund haben, warum ich meinen Vortrag halte.

5. Ich werde so wenig direkte Zitate wie möglich verwenden und nicht auf sie zurückgreifen, nur um Zeit zu füllen. Ich verstehe, dass das Publikum durch lange Textblöcke in »PowerPoint«-Präsentationen oder auf Tischvorlagen abgeschreckt wird.

6. In der Fragerunde werde ich keine irrelevanten Fragen stellen, nur um eine Frage zu stellen. Wenn meine Frage sehr spezifisch und bedeutungslos für alle anderen außer mir selbst ist, werde ich nach dem Vortrag mit meiner Frage auf den Redner zugehen.

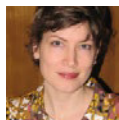
7. Ich werde keine Aussage treffen und dann ein Fragezeichen an das Ende setzen, um sie wie eine Frage klingen zu lassen.

8. Wenn ich tatsächlich eine Frage stelle, werde ich erstens nicht mehr als eine Minute brauchen, um sie zu stellen, und zweitens trage ich sie höflich vor, auch wenn ich mit dem Redner nicht übereinstimme.

9. Ich respektiere die Zeit, die sich meine Kollegen genommen haben, um mich reden zu hören. Ich werde mein Bestes tun, um so klar und prägnant wie möglich vorzutragen und deren Geduld zu belohnen.

10. Ich verstehe, dass ich mich möglicherweise mitschuldig mache am Tod der Geisteswissenschaften, wenn ich diese Empfehlungen nicht berücksichtige.

Übersetzung: Karin Schweinebraten



Christy Wampole, geb. 1977, ist Assistant Professor in der Abteilung Französische und Italienische Philologie an der Princeton University und Autorin des kürzlich erschienenen Buches »The Other Serious: Essays for the New American Generation«.

INDES ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT

Herausgegeben von Prof. Dr. Franz Walter, Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen.

Redaktion:

David Bebnowski, Felix Butzlaff, Dr. Lars Geiges, Julia Kiegeland, Leona Koch, Danny Michelsen, Dr. Robert Lorenz, Michael Lüthmann, Dr. Torben Lütjen, Marika Przybilla.

Konzeption dieser Ausgabe: Leona Koch, Danny Michelsen

Redaktionsleitung:

Dr. Matthias Micus (verantw. i. S. des niedersächs. Pressegesetzes).

Redaktionsanschrift:

Redaktion INDES
c/o Göttinger Institut für Demokratieforschung
Weender Landstraße 14, 37073 Göttingen,
redaktion@indes-online.de
Online-Auftritt:
www.indes-online.de

Anfragen und Manuskriptangebote schicken Sie bitte an diese Adresse, möglichst per E-Mail. – Die Rücksendung oder Besprechung unverlangt eingesandter Bücher kann nicht gewährleistet werden.

INDES erscheint viermal jährlich. Bestellung durch jede Buchhandlung oder beim Verlag.
Jahresbezugspreis € 68,- D / € 70,00 A / SFr 85,50; ermäßigter Preis für Studierende/Auszubildende (gegen Bescheinigung, befristet auf drei Jahre) € 36,90 D / € 38,- A / SFr 52,90; Einzelheftpreis € 16,95 D / € 17,50 A / SFr 23,50. Inst.-Preis € 128,- D / € 131,60 A / SFr 157,00. Jeweils zzgl. Versandkosten. Preisänderungen vorbehalten. Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn nicht eine Abbestellung bis zum 1.10. erfolgt.

Verlag:

Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstr. 13, D-37073 Göttingen.

Anzeigenverkauf: Ulrike Vockenberger

E-Mail: v-r-journals@hgv-online.de (für Bestellungen und Abonnementverwaltung) oder abo@indes-online.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

ISBN 978-3-525-XXXXX-X

ISSN 2191-995X

© 2015 Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen / Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U.S.A.
www.v-r.de

Gestaltung, Satz und Lithografie:
SchwabScantechnik, Göttingen

Druck und Bindung:
Memminger MedienCentrum, Memmingen

Printed in Germany



BEBILDERUNG

Die Digitalkünstlerin Simone Held beschäftigt sich seit etwa sieben Jahren ernsthaft mit Bildbearbeitung und Fotomontagen. Die ersten gelungenen Bilder wurden bei Deviantart, einer sehr populären Homepage für professionelle und laienhafte Künstler, ausgestellt (<http://simoneheld.deviantart.com>).

»Meine Inspiration entnehme ich meist alltäglichen Situationen, Träumen, anderen Künstlern, Filmen oder Büchern. Meine Bilder beschäftigen sich sehr oft mit dem Surrealen und Düsteren, da ich beides psychologisch betrachtet sehr spannend finde.« Neben der Bildkunst beschäftigt sich Simone Held mit Fotografie.

Foto Prof. Dr. Klaus von Beyme: Universität Heidelberg

Foto Prof. Paul Nolte: Bernd Wannenmacher

Foto Dr. Jens Hacke: Michael Zapf